



BÜNDNIS VERKEHRSINITIATIVEN FORDERT VERKEHRSMINISTER- KONFERENZ ZU MORATORIUM AUF

Das Bündnis Verkehrsinitiativen (BVI) fordert die Verkehrsminister:innen der Länder auf, bei der anstehenden Konferenz in Bremerhaven (VMK) endlich die Weichen für echten Klimaschutz im Verkehrssektor zu stellen. Dies erfordert zwingend ein Straßenbaumoratorium.

Neben einem sofortigen Stopp des Neu- und Ausbaus von Bundesfernstraßen gehört auch eine grundlegende Überprüfung der Bedarfspläne des Bundesverkehrswegeplans 2030, insbesondere im Hinblick auf dessen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele, zu den drängenden Aufgaben der VMK.

Darüber hinaus muss auch ein Umdenken in der Planung erfolgen und neue Ziele für eine nachhaltige und zukunftsfähige Mobilität definiert werden, deren Grundlage die Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens sind. Nur so können die Verkehrsminister:innen ihrer Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen gerecht werden.

Wir werden die Konferenz und ihre Ergebnisse genau verfolgen und hoffen insbesondere, dass Tagesordnungspunkt 4.10 zu Mobilität und Klimaschutz echte Lösungen hervorbringt.

Susanne Grube, Bernd Köppl, Anette Niemann Thomas Reichart

Sprecherteam für das Bündnis Verkehrsinitiativen

Kontakt: sprecherteam@buendnis-verkehrsinitiativen.com

Unseren Brief im Wortlaut finden Sie ab der nächsten Seite.

Bündnis Verkehrsinitiativen

info@buendnis-verkehrsinitiativen.de

<https://www.buendnis-verkehrsinitiativen.com/>

Berlin,
10. Oktober 2022

Sehr geehrte:r Herr bzw. Frau Verkehrsminister:in,

da wir uns große Sorgen machen um die Einhaltung der Klimaziele und die dringend benötigte Mobilitätswende in Deutschland wenden wir uns an Sie mit der Bitte, unsere Anliegen auf der Verkehrsministerkonferenz am 12.-13.10.2022 zu berücksichtigen.

Seit Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes im Jahr 2016 hat die Bundesregierung die Klimaschutzgesetze verschärft. Das Bundesverfassungsgericht hat im März 2021 selbst diese Gesetze für teilweise verfassungswidrig erklärt und in seinem „Klima-Urteil“ strengere Nachbesserungen gefordert.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat am 11. Januar dieses Jahres eine Eröffnungsbilanz Klimaschutz vorgestellt. Diese weist für alle Sektoren zusätzlichen Handlungsbedarf für die Erreichung der Klimaschutzziele aus.

Nach der Überschreitung der zulässigen CO₂-Höchstmengen im letzten Jahr ist auch für dieses Jahr bereits absehbar, dass die Überschreitung im Verkehrssektor noch gravierender ausfallen wird als 2021.

Deshalb müssen jetzt mehr und schneller wirkende Maßnahmen für die Einhaltung der Klimaziele umgesetzt werden.

Deshalb fordern wir

1. die sofortige Aussetzung des Neu- und Ausbaus von Autobahnen und Bundesstraßen
2. eine an den Anforderungen des Klimaschutzes orientierte, mit Bürgerbeteiligung umgesetzte, grundlegende Überprüfung der Bedarfspläne des Bundesverkehrswegeplans 2030
3. neue Herangehensweisen für die Zieldefinition, für Vorhersagen und die Bereitstellung von Planungszahlen. Es müssen neue Methoden der Erstellung von Verkehrsprognosen für die Bundesfernstraßenplanung entwickelt und angewendet werden.
4. moderne Verkehrsprognosen, die nicht in Szenarien rechnen, sondern Entwicklungen und Maßnahmen beschreiben, die sich aus den aktuellen politischen Zielen des Klima- und Ressourcenschutzes ableiten.
5. neue Zukunftsvorstellungen müssen auf das heute notwendige Entscheiden herunter gebrochen werden: die aktuelle Bedarfsplanüberprüfung darf nur auf modernen, innovativen Verkehrsprognosen basieren, die nicht heutige Zustände hochrechnen.
6. setzen Sie sich jetzt für eine nachhaltige Mobilität der Zukunft ein und werden Sie Ihrer Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen gerecht.

Mit freundlichen Grüßen,

Bündnis Verkehrsinitiativen

info@buendnis-
verkehrsinitiativen.de

[https://www.buendnis-ver-
kehrsinitiativen.com/](https://www.buendnis-verkehrsinitiativen.com/)

Berlin,
10. Oktober 2022



Susanne Grube, Bernd Köppl, Anette Niemann Thomas Reichart,
Sprecherteam Bündnis Verkehrsinitiativen

Kontakt: sprecherteam@buendnis-verkehrsinitiativen.com

Über das Bündnis Verkehrsinitiativen:

Wir sind ein deutschlandweites Bündnis aus über 80 einzelnen Bürgerinitiativen, die sich lokal gegen Großprojekte im Straßenbau engagieren. Uns alle verbinden die folgenden Forderungen:

1. Die sofortige Aussetzung des Neu- und Ausbaus von Autobahnen und Bundesstraßen.
2. Eine an den Anforderungen des Klimaschutzes orientierte, mit Bürgerbeteiligung umgesetzte, grundlegende Überprüfung der Bedarfspläne des Bundesverkehrswegeplans 2030.

Bündnis Verkehrsinitiativen

info@buendnis-
verkehrsinitiativen.de

[https://www.buendnis-ver-
kehrsinitiativen.com/](https://www.buendnis-verkehrsinitiativen.com/)

Berlin,
10. Oktober 2022

Hintergrund dieses Schreibens

Überprüfung der Bedarfspläne – falscher Fokus

Eine im regelmäßigen Turnus durchgeführte Überprüfung der Bedarfspläne des Bundesverkehrswegeplanes ist eigentlich ein gutes Instrument sowohl die Mobilität in Deutschland auf das richtige Gleis zu setzen als auch den Klimaschutz voranzubringen. Allerdings geht der Weg bei der derzeitigen Überprüfung der Bedarfspläne mit dem Fokus auf Prognosen und Szenarien als Grundlage für die Verkehrswegeplanung in die falsche Richtung:

Die Prognosen werden fern der Realität hochgerechnet, um einen vermeintlichen Bedarf an Straßen zu begründen. Fatal dabei ist, dass es auf die konkreten Verkehrszahlen gar nicht ankommt. Sind Straßen erst einmal gebaut, werden sie schon allein deshalb befahren, weil es sie gibt. Dieser Effekt ist in der Forschung als induzierter Verkehr bekannt und wird im Spruch „Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten“ illustriert.

Fatal ist ebenfalls, dass bei der anstehenden Bedarfsplanüberprüfung Natur- und Klimaschutz nicht ausreichend berücksichtigt werden. Alle Projekte müssen auf ihre Klimawirkungen überprüft werden!

Wir brauchen klare Ziele – Beispiele

Prognosen als Prämissen für die Verkehrswegeplanung zu definieren ist der falsche Weg. Die Prämissen müssen geändert werden: Wir brauchen klare Ziele, die sowohl die Verkehrswende (wie von der Bundesregierung beschlossen) als auch die Klimaschutzziele berücksichtigen.

Zum Beispiel hat Baden-Württemberg klare Rahmenbedingungen und Ziele für eine nachhaltige Mobilität festgesetzt¹. Bis 2030 soll:

- eine Verdopplung des öffentlichen Verkehrs erreicht sein,
- jedes zweite Auto klimaneutral fahren,
- ein Fünftel weniger Kfz-Verkehr in Stadt und Land unterwegs sein,
- jede zweite Tonne klimaneutral fahren,
- jeder zweite Weg selbstaktiv zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden.

Als vorbildliches Beispiel sei hier des Weiteren das Zielbild 2040 des österreichischen Mobilitätsmasterplans genannt, dem sich verschiedene Bereiche unterordnen müssen:

„Wir gestalten unser Leben und Wirtschaften so, dass zukünftige Generationen ein gutes Leben in einer intakten Umwelt führen können, ohne dabei von Kohle, Öl, Erdgas oder Atomkraft abhängig zu sein.“²

¹ <https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/politik-zukunft/nachhaltige-mobilitaet/klimaschutz-und-mobilitaet/rahmenbedingungen-und-ziele/>

² <https://www.bmk.gv.at/themen/mobilitaet/mobilitaetsmasterplan.html>

Bündnis Verkehrsinitiativen

info@buendnis-
verkehrsinitiativen.de

[https://www.buendnis-ver-
kehrsinitiativen.com/](https://www.buendnis-verkehrsinitiativen.com/)

Berlin,
10. Oktober 2022



Als wichtigste Säule in der „Pyramide einer klimaneutralen und nachhaltigen Mobilität“ steht die Vermeidung von Verkehr: „*Der umweltfreundlichste Verkehr und Transport ist jener, der ganz vermieden werden kann.*“ Als zweite Säule steht die Verlagerung von Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrs- und Transportmittel (z.B. Fahrrad, Bus, Bahn).

Verkehr zu vermeiden kommt in deutschen Szenarien leider nicht vor.

Wenn unsere Klimaziele ernstgenommen werden, erübrigt es sich, hunderte Kilometer neue Autobahnen und Bundesfernstraßen zu bauen.

Die Finanzierung

Zudem ist nicht geklärt, wo das Geld für die über 1.300 in Deutschland geplanten Straßenbauprojekte herkommen soll. Die geplanten Baukosten sind nicht realistisch und werden oft mit Hilfe von Rechenricks schöngerechnet. Die tatsächlichen Kosten sind oft um ein Mehrfaches höher.

Jahrzehntelang wurde zu wenig in den Erhalt von Schienen, Fernstraßen und Wasserstraßen investiert und auf Verschleiß gefahren. Hier muss zuerst investiert werden, allerdings darf nicht unter dem Vorwand der Sanierung ein Ausbau durch die Hintertür erfolgen.

Bündnis Verkehrsinitiativen

info@buendnis-
verkehrsinitiativen.de

[https://www.buendnis-ver-
kehrsinitiativen.com/](https://www.buendnis-verkehrsinitiativen.com/)

Berlin,
10. Oktober 2022